Bremen

EnergyPort für Bremerhaven

[31.03.2023] Bremen plant einen EnergyPort in Bremerhaven. Er soll ein Baustein sein, um einen Hafen für die Energiewende zu entwickeln.

Grünes Licht für die Planung eines EnergyPorts in Bremerhaven: Der Senat der Hansestadt Bremen hat einen Planungsauftrag erteilt, mit dem die Voraussetzungen geschaffen werden sollen, um im südlichen Fischereihafen einen wichtigen Baustein zu schaffen, um einen Hafen für die Energiewende erfolgreich zu entwickeln. Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) erklärt: „Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, bei der Energieversorgung möglichst unabhängig zu werden und im Kampf gegen den Klimawandel auf regenerative Energie zu setzen. Beides ist ohne leistungsfähige Häfen aber nicht zu erreichen, deshalb ist ein EnergyPort in Bremerhaven von nationaler Bedeutung. Zudem besteht die berechtigte Chance, dass in Bremerhaven viele hundert zusätzliche Arbeitsplätze entstehen werden.“

Im südlichen Fischereihafen stehen umfangreiche Entwicklungsflächen zur Verfügung, die aufgrund der Größe von über 250 Hektar, der baulichen Nutzungsmöglichkeiten als Industrie- und Gewerbeflächen sowie der verkehrlichen see- und landseitigen Anbindung für verschiedenste Projekte im Rahmen der nachhaltigen Transformation genutzt werden können und sich grundsätzlich für die Ansiedlung beinahe aller Nutzungsformen im Sinne der Energiewende eignen.

Das Planungsbüro Fichtner und das Beratungsunternehmen Hanseatic Transport Consultancy hatten hierzu im Auftrag von bremenports und der Bremerhavener Wirtschaftsförderungsgesellschaft BIS das Potenzial für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Gebiets erstellt. Die Kosten für die weiteren Planungen werden mit 4,2 Millionen Euro veranschlagt.

Der Senat wird mit der Bundesregierung in einen geeigneten Austausch treten, um die Potenziale des südlichen Fischereihafens für die Energiewende nutzbar zu machen und eine enge Abstimmung mit den Planungen der Bundesregierung zum Offshore-Ausbau und zum Energieimport zu erreichen. Angesichts der nationalen Bedeutung der Energiewende müssen auch entsprechende Verfahrensbeschleunigungen für die zügigere Realisierung von Hafeninfrastrukturprojekten ermöglicht werden.

(ur)

Stichwörter: Klimaschutz, Bremen